

Dresdner Volkszeitung

Verlagsstelle: Dresden
Sudon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: 5531, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Kasseposten und
Bremen, K. A. Dresden.
Gebr. Krensch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abendausgabe einschließlich Beleglohn mit der täglichen Unter-
haltungsbeilage „Neues, Altes, Neues“, außerdem „Rolf und Zeit-
schrift“ 2 Mark, halbmontatlich 1 Mark, Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2531. Sprech-
stunden von wochentags um 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2531 und 2570.
Schließzeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 10 mm breite Langzeile
zwei 30 Pf., die 10 mm breite Kurzzeile 20 Pf., für auswärtsige
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Streifen und Wier-
gelände 40 Pf. Abat. Für Kleinanzeigen 15 Pf.

Nr. 42

Dresden, Sonnabend den 18. Februar 1928

39. Jahrg.

Der Kampf ums Notprogramm

Alles den Agrariern!

D. Berlin, 18. Februar. (Fig. Junfpruch.) Das Arbeits-
programm der Bürgerblockregierung ohne Bürgerblock ist auch am
Freitag nicht fertiggestellt worden. Die Verhandlungen darüber
gingen zwar bis nach 7 Uhr, doch eine Verständigung konnte
nicht erzielt werden. Man verlagte deshalb die Entscheidung auf
heute vormittag. Bisher gibt die Taktik der Regierung dahin, die
Verantwortung für die Fertigstellung ihres Notprogramms
auf die Opposition zu schieben. Dabei sind sich nicht einmal
die bisherigen Regierungsparteien über dieses Programm völlig
einig. Im einzelnen sieht das Programm vor, daß

allein für die Landwirtschaft Summen von 281 Mill. Mark
ausgegeben werden. Sie verteilen sich wie folgt: für Umschuldungs-
kredite rund 200 Millionen Mark, für Organisierung der Reichs-
und Reichsbahnen rund 30 Millionen Mark, für Reichsbahnhöfen
30 Millionen Mark, für Zentralgenossenschaften 20 Millionen
Mark, für Verbesserung der Viehzucht und Produktionsverhält-
nissen 1 Million Mark, zusammen 281 Millionen Mark.

Über den Haushaltsantrag, wie er von der Re-
gierung geplant ist, wurde im Hauptausschuß des Reichstags be-
reits verhandelt. Ein Gesetzentwurf der Regierung hat aber bis
jetzt noch nicht vorgelegen, so daß die für diese Umschuldungskredite
in Frage kommende Summe von 200 Millionen Mark in dem Nach-
tragsgesetz eingestellt werden mußte. Sie soll dann in der Form
von Auslandskrediten wieder in die Reichskasse zurückfließen.
Zusätzlich sollen 10 Millionen Mark zur Organisierung der Reichs-
und Reichsbahnen 10 Millionen Mark zurückfließen, so daß sich
auf 71 Millionen Mark neue einmalige Aus-
gaben für die Landwirtschaft aus den Reichskassen des
Reichshaushalts ergeben werden. In diesen 71 Millionen Mark er-
faßt sich aber die geplante Diktation für die Landwirtschaft.
Das Reichskabinett schlägt außerdem auf Kosten der
Arbeitsbeschaffung eine weitere ratenweise

Übertragung des Reichsrentenkontos
vor, das schließlich ganz beschwinden soll. Außerdem soll der
Reichsrentenkreditanstalt die Genehmigung gegeben werden, sich zur
Ausfüllung von Krediten an anderen Konsumtiteln zu be-
nutzen. Dafür plant die Reichsregierung ebenfalls noch weitere
50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.
Tücher diesen Hilfsmitteln für die Landwirtschaft, die
in dem Notprogramm der Bürgerblockregierung den größten Raum

einnehmen und an vorderster Stelle stehen, sollen die Steige-
rungssätze für die Zinsrenten vom 1. Juli an
eine Erhöhung von 30 Prozent erfahren. Das bedeutet praktisch
eine Erhöhung der Renten um monatlich 300 Mark. In-
soweit es hierfür ein Mehraufwand von 100 Millionen Mark er-
fordert sein. Außerdem ist ein Betrag von 5 Millionen Mark
zur Unterstützung der Werkspensionäre vorgesehen. Dar-
neben will man 15 Millionen Mark mehr als bisher für
die Rentenrenten ausgeben.

Die hierzu erforderlichen Zinsrentenbeträge betragen 158
Millionen Mark. Davon sind 133 Millionen Mark dauernde Aus-
gaben. Die Regierung will diese Summe dadurch decken, daß sie
mit 1050 Millionen Mark angelegten Einzahlungen aus Zöllen um
200 Millionen Mark erhöht.

Das Zentrum hat bisher als einzige Fraktion diesem
Arbeitsprogramm seine Zustimmung erteilt. Die deutsche
Volkspartei hat dagegen mehrere Bedenken geltend ge-
macht. Sie ist zwar für die landwirtschaftlichen Notmaßnahmen, aber

gegen die Erhöhung der Zinsrenten

in dem Maße von 100 Millionen Mark. Sie hat auch Bedenken
gegen eine dauernde Beschäftigung des Staats, die über das Jahr
1928 hinaus eine Defizit nicht gäbe. Andererseits können die
Deutschnationalen für die Agrarier nicht genug Mil-
lionen herauszuschlagen. Sie verlangen zunächst eine einmalige, dar-
auf aber gleichzeitig wesentlich umfangreichere finanzielle Öff-
nungen für die Landwirtschaft. Was dies „einmalig“ heißt, ist all-
gemein bekannt. Man versteht unter diesem „einmalig“ große
Summen herauszuschlagen, und wenn auch diese Millionen ver-
putzt sind, dürfte man in wenigen Wochen oder Monaten neue
Ansprüche an den Staatshaushalt stellen. Abgesehen davon

**fordern die Deutschnationalen, daß die Gesamtsumme der neuen
einmaligen Ausgaben für die Landwirtschaft zumindest die
gleiche Höhe erreicht, wie die für die Zinsrenten, und Klein-
renten ausgetroffenen Beträge.**

Die Bedenken und Wünsche der Volkspartei und der Deutschnationalen wurden gestern gegen die Mittepartei in einer zweiten
interfraktionellen Besprechung der bisherigen Regierungsparteien
erörtert, ohne daß eine Einigung zustande gekommen
wäre. Auch das Kabinett berief sich noch einmal mit den
Forderungen der beiden Rechtsparteien. Biel herausgelassen ist

bei nicht. Innerhalb der Regierung scheint man sich von vorn-
herein darüber klar gewesen zu sein. Aus diesem Grunde haben
sich die Regierungsmitglieder am Freitag abend eifrig bemüht, die
Schuld für einen ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen über
das Notprogramm und für eine sofortige Auflösung des Reichstags
auf die Oppositionsparteien zu schieben.

Man erlaubt sich diese Kühnheit, trotzdem es weder eine ge-
schlossene Regierung noch eine geschlossene Regierungskoalition gibt.
So wurde u. a. von der Sozialdemokratie sowie von den Demokraten
die bindende Verpflichtung gefordert, über das Notprogramm keine
Verträge zu schließen, die den geschäftsordnungsmäßigen Gang der
Verhandlungen im Reichstag stören könnten. „Sachen“ ist hier
natürlich im Sinne des Bürgerblocks gemeint. Man will die
bisherige Opposition nicht mundtot machen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion hat sich bereits am Freitag in vorgelegter
Abendstunde mit dem Inhalt des Notprogramms der Bürgerblock-
regierung auseinandergesetzt. Er wird heute vormittag um 9 Uhr seine
Besprechungen fortsetzen und dann der um 1/2 Uhr zusammentretenden
Gesamtfraktion über den augenblicklichen Stand der Lage Bericht
erhalten. Voraussichtlich werden die Führer der bisherigen Oppo-
sitionsparteien vorerst noch einmal von der Regierung empfangen.
Man dürfte sie dann wahrscheinlich von den Einzelangehörigen der
beiden Rechtsparteien unterrichten und gleichzeitig mitteilen, daß
die Regierung die Forderungen der Volkspartei und der Deutschnationalen
Vollspartei ablehnt.

Ein abschließendes Urteil über die Gesamtlage ist im Augen-
blick unter den obwaltenden Umständen unmöglich. Die Beratungen
sowohl der bisherigen Regierungsparteien als auch der Oppo-
sitionsparteien sind noch im vollen Fluß und dürften erst im Laufe
des künftigen Vormittags zu einem gewissen Abschluß gelangen.
Inwiefern rechnet die Mehrzahl der Berliner
Blätter mit einer Auflösung des Reichstags noch
im Laufe des Tages oder zu Beginn der kommenden Woche.
Bisher ist jedenfalls, daß

**eine sofortige Auflösung unvermeidlich ist, wenn es nicht zu
einer Einigung über das Arbeitsnotprogramm kommen sollte.**

Die Aussichten hierfür sind im Augenblick mehr als gering, und es
scheint fast, als ob der Streit weniger dem sachlichen Inhalt dieses
Programms als der Verantwortung zu dem ergebnislosen Verlauf
der Verhandlungen gilt.

Halsstarrig!

Die Taktik der Metallindustriellen

Die Verhandlungen zur Beilegung des
Konfliktes in der mitteldeutschen Metall-
industrie, die am Freitag, vormittags 10 1/2 Uhr, im Reichs-
arbeitsministerium begannen, mußten um 2 1/2 Uhr bereits
ergebnislos abgebrochen werden. Eine Einigung war un-
möglich, da die Vertreter der Arbeitgeber absolut kein Ent-
gegenkommen zeigten. Alle Bemühungen des Schlichters,
Ministerialrats Hauschild, eine Einigung herbeizuführen,
scheiterten an der Halsstarrigkeit der Metall-
industriellen. Um 3 1/2 Uhr trat darauf die Schlichter-
kammer zusammen. Abends 9 Uhr wurden die Verhand-
lungen auf Sonnabend vertagt.

Überall im Reich rufen sich Organisationsgruppen des
deutschen Metallarbeiterverbandes für den Großkampf, den die
Metallindustriellen der Metallarbeiterschaft auszuwählen wollen.
Die deutsche Metallarbeiterschaft ist, wenn es die Schlichter-
kammer nicht anders haben wollen, auch zu einem
Kampf auf Leben und Tod bereit. An Opfermut und
Ehrgeiz lassen sich die deutschen Metallarbeiter von keiner
anderen Arbeitergruppe übertraffen. Sie lehnen alle kommuni-
stischen Einmischungen ab. Die Internationalsprezesse versucht
die Metallindustrie mit Alarmmeldungen aufzuregen. Die Köll-
nische Zeitung meldet z. B. aus Moskau, daß das Präsidium
des Internationalen Arbeiterkongresses beschlossen habe, durch die
internationalen Arbeiterhilfe den streikenden Metallarbeitern 10 000
Mark zuzusenden. Ähnliche Einmischungsversuche sind völlig un-
sinnig. Derartige Versuche geben der Internationalsprezesse
nur Anlaß zu Hohn und Spott, denn es wirkt sehr eigen-
artig, wenn die Russen Hilfsgelder anbieten und zugleich in
Berlin Kreditwünsche vorbringen.

Erst am 7. März Aussperrung in Baden

D. Berlin, 18. Februar. (Fig. Junfpruch.) Die badischen
Metallarbeiter — in Frage kommen 15 000 Mann — sollen nach
einem Beschluß des Verbandes der Metallindustriellen Mittelbadens
erst am 7. März ausgesperrt werden.

Die Lage im nordwestdeutschen Bergarbeiterstreik ist nach
wie vor gespannt. In den nächsten Tagen ist mit einem
schlimmen Ergebnis der Verhandlungen nicht zu rechnen. In-
zwischen ist es bereits zu einigen ergebnislosen Zwischenfällen ge-
kommen. Im allgemeinen herrscht aber Ruhe und Disziplin. Die
Arbeitsbeschaffung werden bisher noch entsprechend der An-
forderung der Streikleitung trotz der kommunistischen
Agitation ausgeführt. Der Streik wirkt sich bereits in emp-
findlichem Kohlenmangel, in Betriebs- und Schulperrowen aus.

In Schande stirbt der Reichstag

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Wird aufgelöst? Wann wird aufgelöst? Heute?
Morgen? Oder erst in den Tagen des März? Wann sind
Neuwahlen? 25. März? 29. April? 13. Mai? Bis
zum Ueberdruß erörtert Abgeordnete und Pressevertreter
diesen ganzen langen Freitag solche Fragen und am Abend
ist alle Welt so klug und so unklar wie zuvor.

Ist das Kabinett über das Notprogramm einig? Werden
sich die bisherigen Regierungsparteien, die sich jetzt mit einem
schlechten „Arbeitsgemeinschaft“ nennen, noch
einmal auf einige Stunden einigen oder laufen sie schon
wieder auseinander? Bis zum Wüten Abend des Freitags
war nur sicher, daß die Reichsregierung ein Notprogramm
mit Ach und Krach fertiggestellt hat, das den Abgeordneten
ermöglicht, sozusagen als Notstandsarbeiter bis

Ende März weiter zusammenzubleiben. Das allerdings
nur, wenn sich die bisherigen Regierungsparteien und die
Opposition auf das Notprogramm einigen. Sonst liegt
der Reichstag an diesem Sonnabend unwiderruflich in die
Luft, und die 490 Volksvertreter sind einstweilen a. D. Dann
hätten der Bürgerblock und seine Regierung als letzte Ruhmes-
tat alles durcheinandergeschlagen und nicht einmal
den Haushaltsplan verabschiedet können. Die Weite wäre
dann von geradezu idealer Vollständigkeit.

In solcher Verfassung beriet man am Freitag im Plenum
des Reichstags den Haushalt des Reichsarbeits-
ministeriums weiter. Vor den sachlichen Reden führten
die Kommunisten einen politischen Solotanz auf. Genial wie
sie sind, haben sie einen „Mißtrauensantrag gegen
die Reichsregierung“ eingebracht und verlangt, daß
dieser sofort auf die Tagesordnung gesetzt werde. Da dem

Neuwahlen Frankreich-Deutschland.



„Und nun wollen wir sie dreschen!“